

Ulrich Brand • Daniel Hausknost • Alina Brad •  
Gabriel Eyselein • Mathias Krams • Danyal Maneka •  
Melanie Pichler • Etienne Schneider\*

## Die strukturellen Grenzen des Dekarbonisierungsstaates<sup>1</sup>

**Zusammenfassung:** Um die Klimaziele zu erreichen, haben viele OECD-Staaten ihre Bemühungen zur Dekarbonisierung ihrer Wirtschaften verstärkt. Dennoch besteht eine gravierende Umsetzungslücke, die durch den aktuellen klimapolitischen Backlash noch vergrößert wird. Ausgehend von der These eines entstehenden »Dekarbonisierungsstaates« argumentieren wir, dass ein tieferes Verständnis des liberal-kapitalistischen Staates und seiner Grundfunktionen dazu beitragen kann, diese Lücke zu erklären. Der Wandel hin zu einem Dekarbonisierungsstaat, so die These, gerät in Konflikt mit den Grundfunktionen des liberal-kapitalistischen Staates. Diese Analyse eröffnet auch transformative Fluchtpunkte und analytische Ansätze für künftige Forschung.

**Schlagwörter:** Dekarbonisierungsstaat, Klimapolitik, Staatsfunktionen, Staatstheorie, Transformationsstaat

---

\* **Ulrich Brand**  arbeitet als Professor für Internationale Politik an der Universität Wien. | **Daniel Hausknost**  ist assoziierter Professor am Institut für Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) der Wirtschaftsuniversität Wien. | **Alina Brad**  ist Senior Scientist im Bereich Internationale Politik an der Universität Wien. | **Gabriel Eyselein**  arbeitet als Universitätsassistent (Prae-Doc) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. | **Mathias Krams**  ist Postdoc am Frankfurt Lab for Social-Ecological Transformation of Urban Mobility der Goethe-Universität Frankfurt am Main. | **Danyal Maneka**  arbeitet als Universitätsassistent (Prae-Doc) am Institut für Soziale Ökologie an der Universität für Bodenkultur in Wien. | **Melanie Pichler**  ist Professorin für Soziale Ökologie an der Universität für Bodenkultur in Wien. | **Etienne Schneider**  ist Politikwissenschaftler am Institut für Internationale Entwicklung der Universität Wien.

1 Wir danken der PROKLA-Redaktion für hilfreiche Anmerkungen und Lea Feichtinger für die große Unterstützung bei der Erstellung des Manuskripts. Es handelt sich um die leicht bearbeitete Übersetzung eines Aufsatzes, der im August 2025 in der Zeitschrift *Nature Climate Change* erschienen ist: Brand, Ulrich / Hausknost, Daniel / Brad, Alina u.a. (2025): Structural limitations of the decarbonization state. In: *Nat. Clim. Chang.* 15: 927-934. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41558-025-02394-y>. Copyright © 2025, Springer Nature Limited.

## Structural Limitations of the Decarbonisation State

**Abstract:** To achieve net-zero climate targets, many OECD states have ramped up ambitions to decarbonize their economies. Nevertheless, there is a serious implementation gap, which is intensified by climate backsliding pressure. Based on the argument of an emerging »decarbonisation state«, we argue that a deeper understanding of the liberal capitalist state and its basic functions can help explain this gap. The transformation to a decarbonisation state, however, challenges basic functions of the underlying liberal capitalist state model. Our analysis implies analytical and normative avenues for future research.

**Keywords:** Climate Politics, Decarbonisation State, State Functions, State Theory, Transformation State

Angesichts der weithin anerkannten Dringlichkeit, den Klimawandel im Einklang mit den Zielen des Pariser Abkommens (Calvin u.a. 2023; UNEP 2023) zu begrenzen, haben sich viele Staaten ehrgeizige Ziele zur Dekarbonisierung ihrer Volkswirtschaften gesetzt. Doch sowohl der Weltklimarat (IPCC) als auch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen weisen auf eine erhebliche Umsetzungslücke zwischen den proklamierten Klimazielen und den tatsächlichen politischen Maßnahmen hin: Letztere bleiben bislang unzureichend, um die Einhaltung kritischer Temperaturschwellenwerte sicherzustellen (UNEP 2024).

Wir argumentieren, dass diese Diskrepanz zwischen ehrgeizigen Zielen, politischen Maßnahmen und tatsächlichen Ergebnissen besser verstanden werden kann, wenn wir sie als Ausdruck der Widersprüche und strukturellen Grenzen eines neuen Typus des liberal-kapitalistischen Staates – des »Dekarbonisierungsstaates« – begreifen. Dafür unterscheiden wir konzeptionell zwischen Umweltstaat und Dekarbonisierungsstaat, was es ermöglicht, Verschiebungen in den Strategien des Staates zur Bearbeitung der ökologischen Krise zu erkennen. Bei beiden Staatstypen handelt es sich um historisch unterschiedliche sozial-ökologische »Gesichter« des liberal-kapitalistischen Staates (in Anlehnung an Hirsch/Roth 1986).

Für die Charakterisierung unterschiedlicher Staatstypen greifen wir – idealtypisch – auf das *Avoid-Shift-Improve*-Modell (zu Deutsch auch Vermeiden, Verlagern, Verbessern) zurück. Dieses heuristische Schema stammt ursprünglich aus der nachhaltigen Verkehrsplanung und wird seit einiger Zeit für die Bewertung von Klimaschutzmaßnahmen insgesamt weiterentwickelt (Creutzig u.a. 2024; Bongardt u.a. 2019). *Avoid*-Maßnahmen zielen darauf ab, Emissionen durch die Vermeidung von emissionsintensiven Produktions- und

Konsummustern als solche zu reduzieren (etwa sinkende Mobilitätsbedürfnisse durch angepasste Raumplanung). *Shift*-Maßnahmen fördern den Übergang zu emissionsarmen Praktiken oder Produktions- und Konsummustern (etwa die Umstellung auf erneuerbare Energien in der Wärme- und Stromerzeugung oder in der Ernährung von Fleisch auf pflanzliche Proteine; Sovacool u.a. 2025). *Improve*-Maßnahmen konzentrieren sich auf die Steigerung der Energie- und Materialeffizienz bestehender Technologien und Produktionssysteme (etwa effizientere Verbrennungsmotoren). Wir argumentieren, dass der entstehende Dekarbonisierungsstaat sich dadurch auszeichnet, dass der Staat in der Bearbeitung der Klimakrise von einer Politik des »Verbesserns« (*improve*), die bis Mitte der 2010er-Jahre dominant war, zu einer Politik des »Verlagerns« (*shift*) übergeht. *Avoid*-Maßnahmen bleiben hingegen die Ausnahme und sind stark umstritten (Brad u.a. 2025; Zell-Ziegler u.a. 2021).

Dieser Strategiewechsel (von einer Politik des Verbesserns zu einer Politik des Verlagerns) untergräbt jedoch die Fähigkeit des liberal-kapitalistischen Staates, seine grundlegenden Funktionen zu erfüllen: nationale Sicherheit, Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern sowie möglichst wenig in privatkapitalistisches Handeln und den Alltag der Menschen einzugreifen. Zugespitzt: Indem der liberal-kapitalistische Staat die Dekarbonisierung ernst nimmt, riskiert er, seine eigene Integrität zu untergraben und stößt somit an strukturelle Grenzen. Genau hier liegen die tieferliegenden Ursachen der vielbeschworenen »Umsetzungslücke«.

Um diese Lücke tatsächlich zu schließen, wären weitergehende Schritte von einer Politik des »Verlagerns« zu einer Politik des »Vermeidens« (*avoid*) notwendig, auch wenn dies angesichts der aktuell stärker werdenden Widerstände gegen Klimapolitik in weiter Ferne liegt. Konkret würde dies bedeuten, dass der Fokus staatlicher Aktivität vor allem darauf liegen müsste, den Energieverbrauch und Materialdurchfluss zu reduzieren, anstatt bloß auf einer Umstellung der Energiebasis auf Erneuerbare zu setzen. Durch eine solche Radikalisierung staatlicher Klimapolitik würde der liberal-kapitalistische Staat allerdings ebenfalls – und wohl noch wesentlich stärker – an Grenzen stoßen. Die vorherrschenden Staatsfunktionen (Wachstum, Legitimität und Sicherheit) gerieten weiter unter Druck. Eine umfassende Dekarbonisierung liberal-kapitalistischer Gesellschaften würde daher eine grundlegende Transformation des Staates selbst erfordern – hin zu dem, was wir tentativ als »Transformationsstaat« bezeichnen.

Der Artikel gliedert sich wie folgt: Zunächst zeichnen wir die Entstehung des Dekarbonisierungsstaates und seine Entwicklung aus dem Umweltstaat heraus nach. Bei beiden handelt es sich um spezifische Formen liberal-kapitalistischer Staatlichkeit. Anschließend skizzieren wir die Konturen des De-

karbonisierungsstaates, indem wir das Konzept der Staatsfunktionen mit den Kategorien von *Avoid*, *Shift* und *Improve* analytisch verknüpfen. Dies ermöglicht es uns, zu zeigen, wie die Fokussierung auf *Shift*-Maßnahmen erhebliche funktionale Spannungen erzeugt und an strukturelle Grenzen der Dekarbonisierung stößt. Dies versuchen wir, entlang empirischer Beispiele zu plausibilisieren. Abschließend skizzieren wir einige Fragen, die uns mit Blick auf die zukünftige Rolle des Staates in der Bearbeitung der Klimakrise als relevant erscheinen.

## **Vom Umweltstaat zum Dekarbonisierungsstaat**

Laut der politikwissenschaftlichen Literatur hat sich in den westlichen Ländern seit den 1970er-Jahren ein Umweltstaat als Weiterentwicklung des von fossilen Brennstoffen abhängigen klassisch-fordistischen Wohlfahrtsstaates herausgebildet. Dieser Typus des Staates zeichnet sich dadurch aus, dass Umweltschutz zu einem wesentlichen Bestandteil staatlichen Handels aufstieg und durch spezialisierte Apparate wie Umweltministerien und -behörden verfolgt wurde (Duit u.a. 2016; Gough 2016). Der Umweltstaat adressierte Umweltprobleme durch eine inkrementelle ökologische Modernisierung der wirtschaftlichen und politischen Institutionen. Im Vordergrund stand dabei die Verbesserung (*improve*) bestehender Technologien, mithin die Steigerung der Ressourceneffizienz. Das bedeutet, dass der gleiche Output mit geringerem Energie- und Materialeinsatz erzielt werden soll, etwa wenn der Arbeitsweg mit einem sparsameren Verbrenner-Auto bestritten wird.

Der Umweltstaat konzentrierte sich hierbei jedoch auf Maßnahmen, die mit den wichtigsten liberal-kapitalistischen Staatsfunktionen in Einklang gebracht werden konnten: Die ökologische Modernisierung kam dem kontinuierlichen Streben nach Wirtschaftswachstum entgegen, da sie Innovationen hervorbrachte und neue Felder der Kapitalakkumulation eröffnete. Die Bereitstellung einer sauberen und gesunden Umwelt bei gleichzeitiger Vermeidung übermäßiger Belastungen für die Bevölkerung förderte die Legitimität staatlichen Handelns. Da der Umweltstaat zudem weder die fossile Energiebasis noch die Externalisierung der negativen Voraussetzungen und Folgen des Wirtschaftens infrage stellte, gerieten umweltpolitische Maßnahmen nicht in Konflikt mit dem Ziel, die politische und wirtschaftliche Stellung des Staates auf internationaler Ebene abzusichern. Insofern bearbeitete der Umweltstaat viele Umweltprobleme – vorwiegend in seinem Inneren – hochgradig selektiv. Die strukturelle Abhängigkeit des Staates von fossilen Brennstoffen blieb bestehen. An der Bearbeitung der ökologischen Krise in ihrer globalen Dimension – von der Klimakrise bis zum Verlust der biologischen Vielfalt – ist der Umweltstaat gescheitert (Hausknost 2020).

Infolge des Pariser Klimaabkommens bildete sich jedoch – so unsere These – in den westlichen Gesellschaften Ansätze eines neuen Typus des Staates heraus: der Dekarbonisierungsstaat. Er zeichnet sich wesentlich dadurch aus, dass er den Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien bzw. die Dekarbonisierung als zentrales Ziel in den funktionalen Kern des Staates aufnimmt. Wenn gleich *Improve*-Maßnahmen fortbestehen, kommt es zu weitreichenden Veränderungen. Insbesondere greift der Staat verstärkt in die Ökonomie und den Alltag ein, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Und zwar dort, wo er erneuerbare Energie selektiv fördert und fossile Energien und damit verbundene Technologien (wenn auch nur zaghaft) gezielt abwickelt.

Der Dekarbonisierungsstaat fußt auf einem doppelten Versprechen: Einerseits verspricht er, staatliche Kernfunktionen durch »grünes Wachstum« zu erfüllen, und dies sogar besser als durch fossiles Wachstum. Die postulierte Entkopplung der Treibhausgasemissionen und des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum ermöglicht es, die Klimakrise effektiv zu bearbeiten und zugleich Wachstumspotenziale auszuschöpfen. Andererseits verspricht der Dekarbonisierungsstaat die Sicherung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und der Technologieführerschaft durch die gezielte Förderung grüner Technologien und der damit verbundenen Infrastrukturen in der Weltmarktkonkurrenz.

Diese Strategie spiegelt sich in politischen Projekten wie dem Europäischen Grünen Deal von 2019 (Haas/Jürgens 2021), dem US-amerikanischen *Inflation Reduction Act* und im *Net Zero Industry Act* der EU von 2024 wider, die auf die Förderung von insbesondere Wind- und Solarenergie, Batterietechnologie, Wasserstoffinfrastruktur sowie Carbon Capture and Storage (CCS) abzielen. Darüber hinaus kommen Technologieverbote (etwa für Verbrennungsmotoren oder fossile Heizsysteme), Ausstiegspläne (etwa für Kohle) und interventionistische industriepolitische Maßnahmen zum Tragen, um den Übergang von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Dies alles geschieht mit dem Versprechen, Wirtschaftswachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken (Trencher u.a. 2022; Hildingsson u.a. 2019). Während marktbasierter Instrumente wie die CO<sub>2</sub>-Bepreisung lange als Universalschlüssel zur Bearbeitung der Klimakrise galten, werden diese nun durch regulatorische Maßnahmen ergänzt (Stchemesser u.a. 2024; Abels/Bieling 2022; Rosenbloom u.a. 2020).

Doch die Dekarbonisierung stößt auf Widerstand: Einerseits von Kapitalseite sowie rechten und konservativen politischen Kräften, die Klimapolitik behindern, um den Status quo der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen aufrechtzuerhalten (Brad/Schneider 2023). Andererseits aber auch in relevanten Teilen der Gesellschaft, die sich bevormundet und in ihrer Wahlfrei-

heit eingeschränkt fühlen, beispielsweise in Bezug auf Mobilitätsoptionen. In Zeiten von Inflation werden zudem Stimmen laut, die Anstoß an höheren Kosten nehmen (durch CO<sub>2</sub>-Bepreisung oder für die Anschaffung von Wärmepumpen). Ohne begleitende soziale und regulatorische Maßnahmen kann die Weitergabe der Kosten der Dekarbonisierung zu einem spürbaren Anstieg der Lebenshaltungskosten führen und damit die gesellschaftliche Akzeptanz der Dekarbonisierung untergraben.

Wir argumentieren, dass diese heftigen politischen und gesellschaftlichen Widerstände nicht nur eine Folge politischen Versagens, Widerstand in der Bevölkerung oder der Macht der Kapitalseite sind. Sie sind auch Resultat wachsender Spannungen zwischen den Strategien des Dekarbonisierungsstaates und den zentralen Funktionen des liberalen kapitalistischen Staates. Mit anderen Worten: Der Dekarbonisierungsstaat verfehlt sein selbst gestecktes Ziel einer raschen Dekarbonisierung, weil dieses Ziel zentrale staatliche Funktionen unterminiert.

## Funktionen des liberal-kapitalistischen Staates

Ausgehend von historisch-institutionalistischen und historisch-materialistischen Staatstheorien betrachten wir drei Kernfunktionen als entscheidend für liberal-kapitalistische Staaten. Die historische Herausbildung dieser Funktionen, wie der liberal-kapitalistische Staat selbst, war eng mit der Nutzung fossiler Brennstoffe verzahnt (Pichler 2023; Mitchell 2013).

*Erstens* erfüllt der Staat eine Wachstumsfunktion: Die kontinuierliche Steigerung kapitalistischer Akkumulation sichert die eigenen Existenzgrundlagen des liberal-kapitalistischen Staates, entspricht aber auch den wirtschaftlichen Interessen dominanter sozialer Kräfte. Diese Funktion ermöglicht privatkapitalistische Akkumulation und Profitsteigerung, was zu einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum führt. Die daraus entstehenden Steuereinnahmen bilden die finanzielle Grundlage für weitere staatliche Funktionen, einschließlich der Sicherung staatlicher Legitimität durch einen funktionierenden Wohlfahrtstaat und sozialpolitische Verteilungsspielräume. Die Unterstützung der Bevölkerung für Regierungen hängt dementsprechend maßgeblich davon ab, ob es gelingt, Wirtschaftswachstum zu fördern, wachsende Staatseinnahmen zu generieren und zu verteilen und (wirtschaftliche und andere) Krisen zu adressieren. Dekarbonisierung kann jedoch – zumindest vorübergehend – Kapitalakkumulation behindern und das Wirtschaftswachstum schwächen, insbesondere wenn damit verbundene Strategien auf den Ausstieg aus emissionsintensiven, aber profitablen und arbeitskraftintensiven Industrien abzielen (Parrique u.a. 2019; Hickel/Kallis 2019).

Zweitens sichert der liberal-kapitalistische Staat die Legitimität der bestehenden Gesellschaftsordnung durch Sozialleistungen und bürgerliche Grundrechte, aber auch durch einen Mechanismus, den wir, der Theorie der »passiven Legitimität« von Daniel Hausknost (2023) folgend, als *black-boxing* bezeichnen (Legitimationsfunktion). Der Begriff des *black-boxing* benennt den Sachverhalt der in liberal-kapitalistischen Gesellschaften verbreiteten Fiktion, der Staat verwaltet lediglich partiell eine ihm äußerliche Realität, die sich scheinbar unabhängig – insbesondere durch Marktkräfte – vollzieht. Der Staat erscheint somit nicht als Urheber der gesellschaftlichen Wirklichkeit (etwa von Preisen und anderen limitierenden Alltagsphänomenen), er reagiert vielmehr selektiv auf einzelne als objektiv wahrgenommene Probleme und Krisen (etwa Arbeitslosigkeit), während viele gesellschaftliche Realitätsebenen entpolitisiert bleiben. Der liberal-kapitalistische Staat generiert einen Teil seiner Legitimität somit aus seiner funktionalen Reaktivität: Er stellt sich auf die Seite der Bürger\*innen in der demokratischen Fiktion, dass parlamentarische Politik ein geteilter Blick auf und ein gemeinsames Verhandeln von probaten Reaktionen auf eine von außen gegebene Wirklichkeit sei. Doch Politiken, die auf eine weitreichende Dekarbonisierung der Wirtschaft abzielen, erfordern zwangsläufig tiefe und als unangenehm empfundene staatliche Eingriffe in eine Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche, die nicht bloß als Reaktion auf eine objektive Außenwirklichkeit erscheinen können. Dies untergräbt die Legitimitätserzeugung durch *black-boxing*, da der Staat nun aktiv die Urheberschaft größerer Wirklichkeitsanteile auf sich nimmt, die zuvor als »privat«, »naturwüchsig« oder »marktbestimmt« galten. Dies ist eine Rolle, die der Staat historisch eher in Phasen des (Wieder-) Aufbaus und der materiellen Expansion einnahm (etwa in den Nachkriegsjahrzehnten), in Phasen also, in denen er die Urheberschaft von Wachstum, Beschäftigung und Aufschwung für sich beanspruchen konnte.

Drittens fassen wir als zentrale Sicherheitsfunktionen des liberal-kapitalistischen Staates die Gewährleistung der nationalen Souveränität gegenüber externen politischen und militärischen Bedrohungen sowie die Aufrechterhaltung und Stärkung der nationalen wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit. Staaten und die sie tragenden sozialen Kräfte sind bestrebt, ihre relative Position in der internationalen Ordnung durch politische, wirtschaftliche und militärische Macht zu behaupten und zu steigern (Ripsman/Paul 2005). Um in der Weltmarktkonkurrenz und geopolitischen Rivalität bestehen zu können, muss der Staat Rahmenbedingungen schaffen, die Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum fördern und die internationale Wettbewerbsposition stärken, beispielsweise durch die Sicherung des Rohstoffzugangs oder Handelsabkommen. Dekarbonisierung kann die Gewährleistung

der Sicherheitsfunktion beeinträchtigen, weil sie zumindest vorübergehend sowohl die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch militärische Kapazitäten verringern könnte.

Die drei skizzierten staatlichen Funktionen sind eng miteinander verschränkt. Eine zentrale Dimension, auf der alle drei beruhen, ist – neben der strukturellen Abhängigkeit von fossilen Energieträgern – die Fähigkeit des Staates, negative Konsequenzen der eigenen Lebens- und Produktionsweise zu externalisieren sowie Arbeitskraft und Ressourcen von »andernorts« anzueignen. Dies ermöglicht eine »imperiale Lebensweise« (Brand/Wissen 2017), die auf prekären Arbeitsverhältnissen, Ungleichheit, Ausbeutung und Umweltzerstörung in anderen Weltregionen basiert (Zografos/Robbins 2020). Die umkämpfte Aneignung natürlicher Ressourcen im Globalen Süden und die damit verbundenen Grenzen des liberalen-kapitalistischen Staates in der Bearbeitung der Klimakrise wurden in polit-ökologischen Arbeiten vielfach herausgearbeitet (Simon u.a. 2024; Hickel u.a. 2022).

## Strukturelle Grenzen des Dekarbonisierungsstaates

Durch die Dekarbonisierung stoßen die skizzierten Staatsfunktionen an spezifische Grenzen, die sich ausgehend von unseren theoretischen Annahmen anhand aktueller politischer Entwicklungen rekonstruieren lassen. Auch wenn diese Grenzen eng mit einzelnen Staatsfunktionen verbunden sind, spiegeln sie diese nicht eins zu eins wider.

### Profite und Staatseinnahmen aus fossiler Akkumulation sind bedroht

Der Staat ist auf Steuereinnahmen aus fossilen Sektoren angewiesen, um Löhne im öffentlichen Dienst sowie wichtige staatliche Aufgaben wie Infrastruktur und Sozialleistungen zu finanzieren. Bestehende technologische Pfadabhängigkeiten und damit verbundene Wettbewerbsvorteile führen dazu, dass Dekarbonisierung sowohl Beschäftigung als auch Profite in Schlüsselindustrien bedroht, insbesondere in der fossilen Energiewirtschaft sowie in der petro-chemischen und Automobilindustrie. Demnach stoßen die Maßnahmen des Dekarbonisierungsstaates in diesen Branchen auf erheblichen Widerstand, zumal deren Interessen historisch stark in staatliche Strukturen eingelagert sind. Besonders intensiv ist dieser Widerstand auch deshalb, weil diese Sektoren unter den derzeitigen sozioökonomischen Bedingungen nach wie vor hochprofitabel sind und Wirtschaftswachstum antreiben (Christophers 2021). Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen ist daher ungleich schwieriger und umkämpfter als zum Beispiel der Ausstieg aus Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) im Kontext des Montrealer Protokolls, das 1989 in Kraft

trat (Trencher u.a. 2022; Rinscheid u.a. 2021). Die Dekarbonisierung bedroht so die materielle Grundlage des Staates, indem sie profitable fossile Industrien und einzelne Sektoren und damit staatliche Einnahmen aus Unternehmens- und Einkommenssteuern schwächt.

Zwar ließe sich einwenden, dass vielen Branchen, die traditionell eng mit fossilen Energieträgern verbunden sind, wie die Automobilbranche oder der Maschinenbau, eine Vielzahl von Technologiepfaden zur Dekarbonisierung offensteht (Kupzok/Nahm 2024). Doch während einige Unternehmen in diesen Branchen durch frühzeitige Investitionen in Dekarbonisierung tatsächlich »grüne« Wettbewerbsvorteile erzielen können, sehen andere aufgrund ihrer etablierten Geschäftsmodelle und Investitionen das Risiko, bestehende Wettbewerbsvorteile zu verlieren (wie die Technologieführerschaft beim Verbrennungsmotor) – und lehnen eine Abkehr von fossilen Energieträgern daher ab. Oftmals ist dies verbunden mit dem Argument, der großflächige Einsatz von *Carbon Capture and Storage*-Technologien zur Abscheidung und -Speicherung von CO<sub>2</sub> könnte einen verzögerten und eingeschränkten Ausstieg aus fossilen Energien rechtfertigen – und somit die Entwertung fossilen Kapitals aufschieben (Brad/Schneider 2023; Carton u.a. 2023).

### **Legitimität und staatliche Leistungsfähigkeit werden beeinträchtigt**

Die Legitimität des liberal-kapitalistischen Staates basiert grundlegend auf seiner Wahrnehmung, dass er gute Lebensbedingungen gewährleistet. Diese Legitimationsfunktion wurde bislang vor allem durch materielle und wirtschaftliche Verbesserungen (etwa technologischer, sanitärer und medizinischer Fortschritt, Einkommenswachstum) und – in den letzten Jahrzehnten – auch durch die selektive Bearbeitung von Umweltproblemen erreicht. Hierbei war staatliche Legitimation eng mit der Wachstumsfunktion verbunden.

Der Dekarbonisierungsstaat gefährdet jedoch diese Beziehung, da viele dieser Verbesserungen auf der Verfügbarkeit billiger fossiler Energie beruhten (Pirani 2018). Zugleich schränken die Folgen der Klimakrise wie schwere Überschwemmungen, Dürren und Brände zunehmend die Fähigkeit des Staates ein, die Lebensbedingungen relevanter Bevölkerungsteile kontinuierlich zu verbessern, was die Legitimationsfunktion weiter zu untergraben droht. Darüber hinaus beruht die Legitimität des Staates – wie oben ausgeführt – entscheidend auf seiner Fähigkeit, seine Verantwortung und Urheberschaft für die soziale Realität als Ganzes zu begrenzen (*black-boxing*; Hausknost 2023). Preissteigerungen oder Versorgungsengpässe werden eher akzeptiert, wenn sie als marktgetrieben und somit als dinghafte »Fakten« erscheinen, während es zu massiven Protesten kommen kann, wenn sie als

Effekt eines politischen Willens wahrgenommen werden (Hausknost 2025). Die Politik der Dekarbonisierung erfordert jedoch tiefgreifendere Eingriffe in wirtschaftliche Strukturen, Prozesse und das Alltagsleben. Dies öffnet zumindest teilweise die Blackbox marktgetriebener ökonomischer Realität und macht den Staat als Urheber wirtschaftlicher Veränderungen sichtbar – etwa bei der Beschränkung von Konsumententscheidungen. Das schwächt tendenziell seine Legitimationsfunktion.

### **Die Externalisierung von Umwelt- und Arbeitskosten ist umkämpft**

Der wachstumsgetriebene Dekarbonisierungsstaat, basierend auf der Prämissen eines fortgesetzten Wirtschaftswachstums, bleibt ressourcenintensiv, insbesondere hinsichtlich der Nachfrage nach Mineralien und Metallen. De- ren Gewinnung sowie die notwendige Infrastruktur zu deren Erschließung, Verarbeitung und Vermarktung hängen derzeit immer noch stark von fossilen Brennstoffen ab. Darüber hinaus beruht die Dekarbonisierung weiterhin auf der Externalisierung von Umwelt- und Arbeitskosten (Lèbre u.a. 2020; Brand/Wissen 2017). Dies führt einerseits zu einer Intensivierung und Ausweitung des globalen Ressourcenextraktivismus, insbesondere bei Rohstoffen wie Lithium, Kobalt, Nickel und seltenen Erden (Owen u.a. 2022). Angesichts der asymmetrischen Nord-Süd-Beziehungen und ihrer häufig gewaltsauslösenden Folgen in rohstoffreichen Regionen wird dies in der Literatur als »grüner Extraktivismus« oder »grüner Kolonialismus« bezeichnet (Andreucci u.a. 2023; EJOLT o.J.). Andererseits erhöhen der Wettbewerb mit wirtschaftlich aufstrebenden Ländern und der Aufstieg ihrer Mittelschichten die Nachfrage nach Ressourcen und Energie, wodurch der Zugang zu Räumen der Externalisierung zunehmend umkämpft ist. Zudem werden Exportkontrolle von kritischen Rohstoffen vermehrt geopolitisch eingesetzt. Als Reaktion auf diese geopolitischen Spannungen versuchen westliche Staaten selektiv, ehemals externalisierte Extraktions- und Produktionsprozesse wieder ins eigene Heimatland zu holen (etwa Bergbauaktivitäten, Raffinierung). Dieses »Onshoring« löst jedoch neue Peripherisierungsprozesse und Konflikte im Globalen Norden aus (Dorn u.a. 2022).

Diese Dynamiken gefährden die Wachstumsfunktion des Staates, wenn durch sie der Zugriff auf billige Arbeitskraft und Natur untergraben wird und somit die Extraktions- und Produktionskosten im Globalen Norden steigen. Die Legitimationsfunktion gerät unter Druck, wenn Bergbauprojekte in kapitalistischen Zentren auf Ablehnung stoßen und nur mithilfe autoritärer oder gar repressiver Mittel durchgesetzt werden. Die Sicherheitsfunktion wird derweil durch zunehmende Ressourcenkonflikte und einen drohenden Verlust nationaler Wettbewerbsfähigkeit herausgefordert.

## Die globale politische und wirtschaftliche Ordnung gerät ins Wanken

Die Strategien und real stattfindenden Prozesse des Übergangs von einer fossilen zu einer dekarbonisierten Weltwirtschaft stellen einen destabilisierenden Faktor in der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung dar. Dieser Wandel konfiguriert Machtkonstellationen und Hierarchien neu und bringt klare Gewinner und Verlierer hervor (Lang u.a. 2024; Vakulchuk u.a. 2020). In der Literatur werden Begriffe wie »Grüner Krieg« (Cheng u.a. 2025; Post/Le Billon 2024) und »öko-imperiale Spannungen« (Post/Le Billon 2024) verwendet, um die Konflikte um Rohstoffe und Technologien zu charakterisieren, die für die Dekarbonisierung essentiell sind (Brand/Wissen 2024; Staritz u.a. 2024).

Angesichts der materiellen Anforderungen der Dekarbonisierungstechnologien verschärfen sich die geopolitischen Rivalitäten um den Zugang zu Ressourcen. Dieser globale Wettbewerb manifestiert sich vor allem in der Handels- und Industriepolitik, wobei ökonomische Vorteile zunehmend mit militärischen und geopolitischen Überlegungen verflochten sind. Staaten streben aggressiv nach territorialer und marktlicher Kontrolle über Lieferketten für »grüne« Industrien und damit verbundenen strategischen Gütern und Infrastrukturen (Babić/Mertens 2025; Riofrancos 2023). Insbesondere Chinas dominante Position in den Lieferketten für erneuerbare Energien wird in westlichen Staaten zunehmend als strategische Verwundbarkeit und Frage nationaler Sicherheit betrachtet. Gleichzeitig verschärfen auch fossile Widerstände gegen globale Dekarbonisierungsbestrebungen bestehende geopolitische Konflikte. Exemplarisch zeigt sich dies in der Rekarbonisierungsagenda der Trump-Administration, die darauf zielt, die Nachfrage nach chinesischer grüner Technologie zu schwächen und zentrale Handelspartner – insbesondere die EU – an eine fossile, nach wie vor stark unter US-amerikanischer Kontrolle stehende Energiebasis zu binden.

Diese Konflikte um globale politische und wirtschaftliche Dominanz drohen zunehmend in Handelskriegen, militärischen Auseinandersetzungen und Sabotageakte zu eskalieren. Letztlich erzeugt diese globale Unordnung eine Dynamik der Militarisierung und Aufrüstung (SIPRI o.J.). Während Russlands Krieg gegen die Ukraine in der EU zunächst zu staatlich getriebenen Investitionen in die Dekarbonisierung im Namen der Energiesicherheit führte, werden Dekarbonisierungsmaßnahmen durch den aktuellen Aufrüstungstrend und die Rekarbonisierungsstrategie der Trump-Administration in den Hintergrund gedrängt. Dies führt zu einer problematischen Rückkopplung: Geopolitische Rivalitäten und eskalierende Handelskonflikte gefährden die Dekarbonisierungsbemühungen zusätzlich, die derzeit in hohem Maße von funktionierenden globalen Lieferketten für grüne Technologien, insbesondere mit China, abhängig sind (Belcher u.a. 2020).

## Aktuelle Erscheinungsformen der strukturellen Grenzen

Während die Dekarbonisierung etwa im Bereich Energiepolitik einzelne Erfolge verzeichnen kann (Block u.a. 2025), stoßen Versuche, den Umstieg auf Elektrofahrzeuge durch Flottenemissionsziele, Verkaufsquoten für batterie-elektrische Fahrzeuge und Ausstiegsdaten für Verbrenner-Autos in der EU und Großbritannien zu fördern, auf massiven Widerstand der Automobilindustrie und ihrer Verbände. Dafür lassen sich vier strukturelle Begrenzungen identifizieren. Erstens werden auf politischer Ebene Maßnahmen zurückgenommen oder abgeschwächt – insbesondere getrieben von der Angst vor schrumpfenden Gewinnen und Arbeitsplatzverlusten in der europäischen Automobilindustrie (Plehwe u.a. 2024). Gleichzeitig stoßen staatliche Interventionen zur Förderung der Dekarbonisierung auch auf heftigen Widerstand in der Bevölkerung. Die Gelbwesten-Proteste in Frankreich als Reaktion auf die CO<sub>2</sub>-Besteuerung und die ungleiche Verteilung von Dekarbonisierungskosten sind ein emblematisches Beispiel (Schaupp 2021; Haas/Sander 2019). Sie zeigen sich aber auch in der rechtspopulistischen Mobilisierung gegen das deutsche Heizungsgesetz, basierend auf der Erzählung, dass Vorgaben zum Ersatz fossiler Heizsysteme einer »Enteignung durch die Hintertür« gleichkämen (durch Entwertung privat genutzter Immobilien; Haas u.a. 2025). In beiden Fällen wurden die Proteste zweitens von der Wahrnehmung befeuert, dass Dekarbonisierungspolitik die Preise für fossile Energie bzw. Immobilien ungerecht beeinflusse, wodurch die Blackbox scheinbar marktbasierter Preisbildung geöffnet und der Staat für negative Auswirkungen auf den Lebensstandard verantwortlich gemacht wurde. Angesichts der weit verbreiteten Ablehnung von CO<sub>2</sub>-Bepreisungssystemen, die der Gesellschaft klar sichtbare Kosten auferlegen, während der Nutzen diffus bleibt (Meckling/Karplus 2023; Ergen/Schmitz 2025), wurden solche Initiativen auf subnationaler Ebene in Kanada (Raymond 2020) und auf nationaler Ebene in Australien (Crowley 2017) bereits rückabgewickelt.

Unterdessen erschwert drittens die Ressourcenintensität der Dekarbonisierung etablierte Muster und Strategien der Externalisierung für den Dekarbonisierungsstaat, insbesondere angesichts zunehmender geopolitischer Rivalitäten. So schränkt China beispielsweise durch Exportbeschränkungen für mehrere Rohstoffe (wie seltene Erden, Germanium und Gallium) den Zugang zu Rohstoffen ein, die für erneuerbare Energien von entscheidender Bedeutung sind. Ähnlich verhält es sich mit Strategien rohstoffexportierender Länder, die sich unter dem Begriff Ressourcennationalismus sammeln lassen. Solche sind etwa in Indonesien zu beobachten, wo Exportbeschränkungen für unverarbeitetes Nickel eingeführt wurden, um nationale Ressourcen zu

kontrollieren und Investitionen in den Industriesektor zu lenken (Caramento u.a. 2023; Wijaya/Sinclair 2025). Komplementäre Strategien des »Reshoring« in (Semi-)Peripherien des Globalen Nordens, etwa Lithiumabbau in Spanien und Serbien, stoßen auf massiven Widerstand und stellen die Durchführbarkeit der Projekte infrage (Noever Castelos 2023; Tiedemann 2024).

Darüber hinaus kann *viertens* die Dekarbonisierung geopolitische Konflikte schüren, da Staaten, deren geopolitischer Einfluss traditionell auf fossilen Brennstoffen beruhte, versuchen, den Rückgang ihres Einflusses mit mehr oder weniger aggressiven Mitteln aufzuhalten – aktuell insbesondere die USA –, was wiederum die Dekarbonisierung zu unterminieren droht. Vor dem Hintergrund wachsender geopolitischer Rivalität wurden in Deutschland unter der Regierung Merz die Regeln zur Staatsverschuldung gelockert, wobei die Ausgaben für die kohlenstoffintensive Aufrüstung die Investitionen in die Dekarbonisierung um das Fünffache übersteigen (Lunday/von der Burchard 2025). Gleichzeitig erschwert die wirtschaftliche Entkopplung zwischen China und den USA – deren Konflikt durch mehrere Zollinitiativen der zweiten Trump-Regierung weiter verschärft wurde – den Zugang zu Technologien für die Dekarbonisierung wie Windkraftanlagen, Solarzellen und Lithium-Ionen-Batterien, die derzeit überwiegend in China hergestellt werden. Dies wiegt umso schwerer, als die USA ihre wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit mit anderen westlichen Ländern davon abhängig machen, dass diese ebenfalls ihre wirtschaftliche Kooperation mit China reduzieren. Im Jahr 2024 lag Chinas Anteil an der weltweiten Produktionskapazität von Photovoltaikmodulen und Batteriezellen über 80 %, bei Windturbinen über 60 % und bei Elektrolyseuren bei über 50 %.

## Auf dem Weg zu einem Transformationsstaat?

Unsere Analyse zeigt, dass sich der aus dem Umweltstaat hervorgehende Dekarbonisierungsstaat als aktuelles sozial-ökologisches »Gesicht« des liberal-kapitalistischen Staates auf wackligem Fundament entwickelt, da sein Ziel, kapitalistische Gesellschaften zu dekarbonisieren, seine eigene Funktionsfähigkeit untergräbt. Doch Dekarbonisierung ist nicht nur eine weitere historische Aufgabe, die der Staat in sein Funktionsrepertoire aufnimmt. Letztlich ist die monumentale Herausforderung, das Betriebssystem des kapitalistischen Staates grundlegend zu verändern, ohne es herunterzufahren und neu zu starten. Es ist keineswegs sicher, ob der liberal-kapitalistische Staat, wie wir ihn kennen, ohne fossile Energiequellen weiterbestehen kann. Dies eröffnet zwei grundlegende Forschungsperspektiven hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Staates: eine analytische und eine normative.

Aus analytischer Perspektive muss untersucht werden, wie sich die Spannungen und Widersprüche zwischen Dekarbonisierung als neuer Staatsaufgabe und den bestehenden Staatsfunktionen dynamisch und systemisch entfalten. Wichtige Fragen sind: Unter welchen Bedingungen führt die Dekarbonisierung zu gravierenden staatlichen Funktionsstörungen, und unter welchen Bedingungen können sich die Funktionen selbst neu ausrichten und möglicherweise an die Bedingungen einer postfossilen Gesellschaftsordnung anpassen? Lässt sich beispielsweise das Verhältnis von Wachstums- und Legitimationsfunktion unter den Bedingungen einer sich verschärfenden Klima- (und Wachstums-)Krise so verschieben, dass Legitimität nicht mehr aus wirtschaftlichem Wachstum abgeleitet wird, sondern aus der Sicherung grundlegender Versorgungssysteme und der Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme? Sind Dynamiken des liberal-kapitalistischen Staates und »seiner« Gesellschaften strukturell auf die Nutzung fossiler Energie angewiesen oder gibt es Alternativen? Was bedeutet es, wenn eine Verschärfung der Klimakrise die stabilisierende Funktion des Wirtschaftswachstums untergräbt, ohne dass ein anderer stabilisierender Mechanismus entsteht?

Um diese Fragen empirisch zu untersuchen, sind Studien erforderlich, die die große Vielfalt der Dekarbonisierungsstrategien in verschiedenen Ländern und Regionen (einschließlich nicht-westlicher und nicht-liberaler Staaten wie China) systematisch und vergleichend untersuchen und die Handlungsfähigkeit, Charakteristika und spezifischen Varianten des Dekarbonisierungsstaates herausarbeiten. Zudem ist es wichtig, die Rolle internationaler politischer, wirtschaftlicher und technologischer Faktoren wie etwa Handelspolitiken oder die Möglichkeit zum Technologietransfer zu verstehen, die die Formulierung und Umsetzung spezifischer Dekarbonisierungsstrategien beeinflussen. Darüber hinaus bedarf es empirischer Studien, inwieweit die Spannungen zwischen Dekarbonisierung und staatlichen Funktionen auf unterschiedliche Weise zum Tragen kommen und entweder die Dekarbonisierungsbemühungen hemmen oder in einigen Fällen den Kipppunkt bestimmter Sektoren hin zu dekarbonisierter Produktion beschleunigen, etwa wenn Dekarbonisierung die einzige Wachstumsoption bleibt (Kupzok/Nahm 2024). Die funktionalen Spannungen des Dekarbonisierungsstaates werden zuvorderst transformative Veränderungen behindern, aber es könnten sich auch neue, unerwartete Dynamiken eröffnen.

Die Spannungen zwischen Dekarbonisierungsbemühungen und der Legitimationsfunktion des Staates sind derzeit besonders ausgeprägt angesichts eines globalen Trends eines *Climate Backlash* (Fernandes 2022; Paterson u.a. 2023). Hier ergibt sich ein Forschungsbedarf, das Verhältnis zwischen diesen politischen Tendenzen und den vielfältigen, widersprüchlichen Funktionen

des Staates im Kontext tiefgreifender Dekarbonisierung zu untersuchen. Hin- sichtlich der Sicherheitsfunktion braucht es Arbeiten, die die Implikationen zunehmend aggressiver Formen von Unilateralismus und Protektionismus sowie sich verschärfender geoökonomischer und geopolitischer Rivalitäten beleuchtet (Candeias 2023).

Aus normativer Perspektive stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen ein Staatstyp entstehen kann, der einige dieser funktionalen Spannungen entschärft und auf eine umfassendere sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft abzielt als der eng fokussierte Dekarbonisierungsstaat. Der Begriff »Transformationsstaat« könnte hierfür ein passender Nenner sein. Eine notwendige Voraussetzung für einen solchen transformativ wirkenden Staat wären Maßnahmen, die nicht nur Technologien und die damit verbundenen Infrastrukturen zu ersetzen (*shift*), sondern tatsächlich den gesamten Durchsatz an Material- und Energiefluss der Gesellschaften effektiv verringern (*avoid*).

Die Entstehung eines Transformationsstaates ergibt sich nicht zwangsläufig aus den strukturellen Grenzen des Dekarbonisierungsstaates. Vielmehr erscheint ein solcher Staat unter den gegenwärtigen kapitalistischen politischen und sozioökonomischen Bedingungen unwahrscheinlich. Angesichts der Notwendigkeit einer substanziellen und nachhaltigen Reduktion globaler Energie- und Materialflüsse zur Begrenzung der ökologischen und insbesondere der Klimakrise betrachten wir es jedoch als zentrale Aufgabe kritischer Sozialwissenschaft, die Möglichkeiten für die Entstehung eines Transformationsstaates auszuloten. Dies bedeutet, Strategien und sich verändernde gesellschaftliche Bedingungen zu analysieren, damit zentrale Staatsfunktionen transformiert und tiefgreifende sozial-ökologische Transformationen eingeleitet werden können. Solche Transformationsprozesse müssten attraktive Perspektiven auf postfossilen gesellschaftlichen Wohlstand bieten.

Entsprechend sind zentrale Fragen für Wissenschaft und Politik, wie *gesellschaftliche Grenzen* innerhalb planetarer Grenzen gesetzt und eingehalten werden: Etwa durch die Machtbegrenzung oder gar den Rückbau etablierter Industrien, indem Entscheidungsprozesse auch im Bereich der Produktion und Verteilung demokratisiert werden oder Wohlfahrt unabhängig vom Wachstumsimperativ gesichert wird (Steinberger u.a. 2024). Besonders vielversprechend erscheint eine Entkopplung der Legitimationsfunktion von der Wachstumsfunktion durch den Ausbau bedürfnisorientierter Sozial- und Versorgungssysteme (Koch 2022) und durch die Entwicklung ausgefeilterer Instrumente der öffentlichen Deliberation und demokratischen Entscheidungsfindung jenseits des traditionellen Parlamentarismus (Durand u.a. 2024).

Bislang existiert jedoch weder eine weithin akzeptierte gesellschaftliche Vision, noch sind die entsprechenden gesellschaftlichen Akteure und Strategien vorhanden, die die Entwicklung eines solchen Transformationsstaates vorantreiben könnten. Ansätze wie Degrowth, Suffizienz und Gerechtigkeit, Just Transition, Dekolonialisierung, sozial-ökologische Infrastrukturen, post-wachstumsorientierte Industriepolitik, feministische Degrowth-Visionen, Kreislaufwirtschaft oder demokratisch und staatlich geleitete ökologische Wirtschaftsplanung mit verschiedenen Eigentumsformen jenseits Privateigentums werden zwar intensiv diskutiert (Görg u.a. 2023; Dorn u.a. 2022; Bärnthalter u.a. 2025), ihre Durchsetzungskraft für eine weitreichende sozioökonomische Neuordnung bleibt jedoch begrenzt. Die analytische und politische Herausforderung besteht darin, die widersprüchlichen Dynamiken des Dekarbonisierungsstaates und seiner Grenzen zu verstehen, um geeignete Strategien für eine Produktions- und Lebensweise innerhalb planetarer und gesellschaftlicher Grenzen formulieren zu können (Brand u.a. 2021).

## Literatur

- Abels, Joscha / Bieling, Hans-Jürgen (2022): Jenseits des Markoliberalismus? Europäische Industrie- und Infrastrukturpolitik im Zeichen neuer globaler Rivalitäten. In: PROKLA 208 52(3): 429-449. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i208.2004>.
- Andreucci, Diego u.a. (2023): The coloniality of green extractivism: Unearthing decarbonisation by dispossession through the case of nickel. In: Political Geography 107: 102997. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2023.102997>.
- Babić, Milan / Mertens, Daniel (2025): Decarbonization under geoeconomic distress? Energy shocks, carbon lock-ins, and Germany's pathway toward net zero. In: Regulation & Governance 19(2): 448-468. DOI: <https://doi.org/10.1111/rego.12634>.
- Bärnthalter, Richard u.a. (2025): Toward a post-growth industrial policy for Europe: navigating emerging tensions and long-term goals. In: Globalizations 22(6): 1124-1148. DOI: <https://doi.org/10.1080/14747731.2025.2501821>.
- Belcher, Oliver u.a. (2020): Hidden carbon costs of the »everywhere war«: Logistics, geopolitical ecology, and the carbon boot-print of the US military. In: Transactions of the Institute of British Geographers 45(1): 65-80. DOI: <https://doi.org/10.1111/tran.12319>.
- Block, Katharina u.a. (2025): Geopolitical conflict impedes climate change mitigation. In: npj Clim. Action 4: 33. DOI: <https://doi.org/10.1038/s44168-025-00224-7>.
- Bongardt, Daniel u.a. (2019): Sustainable Urban Transport: Avoid-Shift-Improve (A-S-I). URL: <https://www.connective-cities.net>, Zugriff: 14.10.2025.
- Brad, Alina / Schneider, Etienne u.a. (2025): Existing demand-side climate change mitigation policies neglect avoid options. In: Communications Earth & Environment 6: 773. <https://doi.org/10.1038/s43247-025-02800-5>.
- Brad, Alina / Schneider, Etienne (2023): Carbon dioxide removal and mitigation deterrence in EU climate policy: Towards a research approach. In: Environmental Science & Policy 150: 103591. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.envsci.2023.103591>.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München. DOI: <https://doi.org/10.14512/9783960061908>.
- (2024): Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. München.

- Brand, Ulrich u.a. (2021): From Planetary to Societal Boundaries: An argument for collectively defined self-limitation. In: *Sustainability. Science, Practice and Policy* 17(1): 265-292. DOI: <https://doi.org/10.1080/15487733.2021.1940754>.
- Calvin, Katherine u.a. (2023): Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. IPCC. Genf. DOI: <https://doi.org/10.59327/IPCC/AR6-9789291691647>.
- Candeias, Mario (2023): Wir leben in keiner offenen Situation mehr. URL: <https://zeitschrift-luxemburg.de>, Zugriff: 14.10.2025.
- Caramento, Alexander u.a. (2023): The Return of Resource Nationalism to Southern Africa – Introduction. In: *Journal of Southern African Studies* 49(3): 339-357. DOI: <https://doi.org/10.1080/03057070.2023.2272547>.
- Carton, Wim u.a. (2023): Is carbon removal delaying emission reductions? In: *WIREs Climate Change* 14(4): e826. DOI: <https://doi.org/10.1002/wcc.826>.
- Cheng, Jing u.a. (2025): Trade risks to energy security in net-zero emissions energy scenarios. In: *Nature Climate Change* 15: 505-513. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41558-025-02305-1>.
- Christophers, Brett (2021): Fossilised Capital: Price and Profit in the Energy Transition. In: *New Political Economy* 27(1): 146-159. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563467.2021.1926957>.
- Creutzig, Felix u.a. (2024): Demand-side strategies key for mitigating material impacts of energy transitions. In: *Nature Climate Change* 14: 561-572. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41558-024-02016-z>.
- Crowley, Kate (2017): Up and down with climate politics 2013–2016: the repeal of carbon pricing in Australia. In: *WIREs Climate Change* 8: e458. DOI: <https://doi.org/10.1002/wcc.458>.
- Dorn, Felix M. u.a. (2022): Towards a climate change consensus: How mining and agriculture legitimize green extractivism in Argentina. In: *The Extractive Industries and Society* 11: 101130. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.exis.2022.101130>.
- Duit, Andreas u.a. (2016): Greening Leviathan: the rise of the environmental state? In: *Environmental Politics* 25(1): 1-23. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644016.2015.1085218>.
- Durand, Cédric u.a. (2024): Planning beyond growth: The case for economic democracy within ecological limits. In: *Journal of Cleaner Production* 437: 140351. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2023.140351>.
- EJOLT (o.J.): Environmental Justice Organisations, Liabilities and Trade. URL: <http://www.ejolt.org>, Zugriff: 14.10.2025.
- Ergen, Timur / Schmitz, Luuk (2025): Picking Losers: Climate Change and Managed Decline in the European Union. In: *Regulation & Governance* 19(2): 383-398. DOI: <https://doi.org/10.1111/rego.70004>.
- Fernandes, Sabrina (2022): Right-Wing Authoritarianism Against Nature: The Latin American Context. In: International Research Group on Authoritarianism and Counter-Strategies (Hg.): *Global Authoritarianism*. Bielefeld: 57-76. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839462096-006>.
- Gough, Ian (2016): Welfare states and environmental states: a comparative analysis. In: *Environmental Politics* 25(1): 24-47. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644016.2015.1074382>.
- Görg, Christoph u.a. (2023): APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben. Berlin/Heidelberg. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1>.
- Haas, Tobias u.a. (2025): Climate obstruction at work: Right-wing populism and the German heating law. In: *Energy Research & Social Science* 123: 104034. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.erss.2025.104034>.
- Haas, Tobias / Jürgens, Isabell (2021): Die europäische Landung auf dem Mond? Der European Green Deal als Projekt ökologischer Modernisierung. In: *PROKLA* 202 51(1): 133-140. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v51i202.1927>.
- Haas, Tobias / Sander, Hendrik (2019): The European Car Lobby. A Critical Analysis of the Impact of the Automotive Industry. Preprint at DOI: <https://doi.org/10.13140/RG.2.2.20746.41921>.

- Hausknost, Daniel (2020): The environmental state and the glass ceiling of transformation. *Environmental Politics* 29(1): 17-37. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644016.2019.1680062>.
- (2023): Opacity and Transparency: On the 'Passive Legitimacy' of Capitalist Democracy. In: *Theoria* 70(177): 26-53. DOI: <https://doi.org/10.3167/th.2023.7017702>.
  - (2025): The state in the Anthropocene. In: Machin, Amanda / Wissenburg, Marcel (Hg.), *Handbook of Environmental Political Theory in the Anthropocene*. Cheltenham: 235-244.
- Hickel, Jason / Kallis, Giorgos (2019): Is Green Growth Possible? In: *New Political Economy* 25(4): 469-486. DOI: <https://doi.org/10.1080/13563467.2019.1598964>.
- Hickel, Jason u.a. (2022): Imperialist appropriation in the world economy: Drain from the global South through unequal exchange, 1990-2015. In: *Global Environmental Change* 73: 102467. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.gloenvcha.2022.102467>.
- Hildingsson, Roger u.a. (2019): The green state and industrial decarbonisation. In: *Environmental Politics* 28(5): 909-928. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644016.2018.1488484>.
- Hirsch, Joachim / Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus. Hamburg.
- IEA (International Energy Agency) (2024): Advancing Clean Technology Manufacturing an Energy Technology Perspectives Special Report. URL: <https://iea.blob.core.windows.net>, Zugriff: 14.10.2025.
- Koch, Max (2022): Social Policy Without Growth: Moving Towards Sustainable Welfare States. In: *Social Policy and Society* 21(3): 447-459. DOI: <https://doi.org/10.1017/S1474746421000361>.
- Kupzok, Nils / Nahm, Jonas (2024): The Decarbonization Bargain: How the Decarbonizable Sector Shapes Climate Politics. In: *Perspectives on Politics* 22(4): 1203-1223. DOI: <https://doi.org/10.1017/S1537592724000951>.
- Lang, Miriam u.a. (2024): The Geopolitics of Green Colonialism: Global Justice and Ecosocial Transitions. London. DOI: <https://doi.org/10.2307/jj.12865310>.
- Lèbre, Élénore u.a. (2020): The social and environmental complexities of extracting energy transition metals. In: *Nature Communications* 11: 4823. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41467-020-18661-9>.
- Lunday, Chris / von der Burchard, Hans (2025): Germany's Merz secures breakthrough on gargantuan spending plan. URL: <https://www.politico.eu>, Zugriff: 25.10.2025.
- Meckling, Jonas / Karpplus, Valerie J. (2023): Political strategies for climate and environmental solutions. In: *Nature Sustainability* 6: 742-751. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41893-023-01109-5>.
- Mitchell, Timothy (2013): Carbon Democracy: Political Power in the Age of Oil. London/New York.
- Noever Castelos, Carla (2023): Mining out of the crisis? The role of the state in the expansion of the lithium frontier in Extremadura, Spain. In: *The Extractive Industries and Society* 15: 101329. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.exis.2023.101329>.
- Owen, John R. u.a. (2022): Energy transition minerals and their intersection with land-connected peoples. In: *Nature Sustainability* 6: 203-211. DOI: <https://doi.org/10.1038/s41893-022-00994-6>.
- Parrique, Tim u.a. (2019): Decoupling Debunked: Evidence and Arguments against Green Growth as a Sole Strategy for Sustainability. URL: <https://eeb.org>, Zugriff: 14.10.2025.
- Paterson, Matthew u.a. (2023): The Rise of Anti-Net Zero Populism in the UK: Comparing Rhetorical Strategies for Climate Policy Dismantling. In: *Journal of Comparative Policy Analysis: Research and Practice* 26(3/4): 332-350. DOI: <https://doi.org/10.1080/13876988.2023.2242799>.
- Pichler, Melanie (2023): Political dimensions of social-ecological transformations: polity, politics, policy. In: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 19(1): 2222612. DOI: <https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2222612>.
- Pirani, Simon (2018): Burning up: A Global History of Fossil Fuel Consumption. London. DOI: <https://doi.org/10.2307/j.ctv4ncp7q>.

- Plehwe, Dieter u.a. (2024): Climate Obstruction in the European Union: Business Coalitions and the Technocracy of Delay. In: Brulle, Robert J. u.a. (Hg.) *Climate Obstruction across Europe*. Oxford: 320-346. DOI: <https://doi.org/10.1093/oso/9780197762042.003.0013>.
- Post, Erik / Le Billon, Philippe (2024): The ›Green War: Geopolitical Metabolism and Green Extractivisms. In: *Geopolitics* 30(2): 760-800. DOI: <https://doi.org/10.1080/14650045.2024.2385411>.
- Raymond, Leigh (2020): Carbon pricing and economic populism: the case of Ontario. In: *Climate Policy* 20: 1127-1140. DOI: <https://doi.org/10.1080/14693062.2020.1782824>.
- Rinscheid, Adrian u.a. (2021): From terminating to transforming: The role of phase-out in sustainability transitions. In: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 41: 27-31. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.eist.2021.10.019>.
- Riofrancos, Thea (2023): The Security–Sustainability Nexus: Lithium Onshoring in the Global North. In: *Global Environmental Politics* 23(1): 20-41. DOI: [https://doi.org/10.1162/glep\\_a\\_00668](https://doi.org/10.1162/glep_a_00668).
- Rosenbloom, Daniel u.a. (2020): Why carbon pricing is not sufficient to mitigate climate change – and how »sustainability transition policy« can help. In: *Proc. Natl. Acad. Sci. U.S.A.* 117(16): 8664-8668. DOI: <https://doi.org/10.1073/pnas.2004093117>.
- Ripsman, Norrin M. / Paul, T.V. (2005): Globalization and the National Security State: A Framework for Analysis. *SSRN Scholarly Paper*. In: *International Studies Review* 7(2). URL: <https://papers.ssrn.com>, Zugriff: 14.10.2025.
- Simon, Jenny / Tittor, Anne / Kalt, Tobias (2024): Postfossile Transformation? Umkämpfte Dekarbonisierung, fossile Kontinuitäten und fortgesetzter Extraktivismus in der globalen Wasserstoffökonomie. In: *PROKLA* 216 54(3): 371-390. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v54i216.2139>.
- SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) (o.J.): Military Expenditure Database SIPRI. URL: <https://www.sipri.org>, Zugriff: 14.10.2025.
- Sovacool, Benjamin K. u.a. (2025): The acceleration of low-carbon transitions: Insights, concepts, challenges, and new directions for research. In: *Energy Research & Social Science* 121: 103948. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.erss.2025.103948>.
- Staritz, Cornelia u.a. (2024): Price-making in provisioning systems and social-ecological transformation? The cases of the electric vehicle metals copper, cobalt, and lithium. In: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 20(1): 2327667. DOI: <https://doi.org/10.1080/15487733.2024.2327667>.
- Schaupp, Simon (2021): Das Ende des fossilen Klassenkompromisses: Die Gelbwestenbewegung als ökologischer Konflikt des »Hinterlands«. In: *PROKLA* 204 51(3): 435-453. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v51i204.1954>.
- Stechemesser, Annika u.a. (2024): Climate policies that achieved major emission reductions: Global evidence from two decades. In: *Science* 385(6711): 884-892. DOI: <https://doi.org/10.1126/science.adl6547>.
- Steinberger, Julia u.a. (2024): Democratizing provisioning systems: a prerequisite for living well within limits. In: *Sustainability: Science, Practice and Policy* 20(1): 2401186. DOI: <https://doi.org/10.1080/15487733.2024.2401186>.
- Tiedemann, Norma (2024): Ecological Uprisings in the European Periphery: Serbian Environmental Movements against Authoritarian Extractivism. In: *Austrian Journal of Development Studies* XXXX(1/2): 88-106. DOI: <https://doi.org/10.20446/JEP-2414-3197-40-1-88>.
- Trencher, Gregory u.a. (2022): The rise of phase-out as a critical decarbonisation approach: a systematic review. In: *Environ. Res. Lett.* 17: 123002. DOI: <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ac9fe3>.
- UNEP (UN Environment Programme) (2023): Emissions Gap Report 2023: Broken Record. URL: <https://www.unep.org>, Zugriff: 14.10.2025.

- (2024): Emissions Gap Report 2024: No more hot air ... please! With a massive gap between rhetoric and reality, countries draft new climate commitments. URL: <https://www.unep.org>. Zugriff: 14.10.2025.
- Vakulchuk, Roman u.a. (2020): Renewable energy and geopolitics: A review. In: Renewable and Sustainable Energy Reviews 122: 109547. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.rser.2019.109547>.
- Wijaya, Trissia / Sinclair, Lian (2025): An EV-fix for Indonesia: the green development-re-source nationalist nexus. In: Environmental Politics 34(2): 252-274. DOI: <https://doi.org/10.1080/09644016.2024.2332129>.
- Zell-Ziegler, Carina u.a. (2021): Enough? The role of sufficiency in European energy and climate plans. In: Energy Policy 157: 112483. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2021.112483>.
- Zografos, Christos / Robbins, Paul (2020): Green Sacrifice Zones, or Why a Green New Deal Cannot Ignore the Cost Shifts of Just Transitions. In: One Earth 3(5): 543-546. DOI: <https://doi.org/10.1016/j.oneear.2020.10.012>.



**WIDERSPRUCH**

Beiträge zu sozialistischer Politik

**84**

**Waffen, Wissen, Widerstand**  
**Kritik am neuen Militarismus**

Ab November im Buchhandel  
und unter:  
[widerspruch.ch/bestellen](http://widerspruch.ch/bestellen)  
ISBN 978 - 3 - 85990 - 606 - 8



# BERTZ + FISCHER



Georg Seeßlen  
**Trump & Co.**  
Der un/aufhaltsame Weg des Westens in die Anti-Demokratie  
Politik aktuell 10  
240 Seiten | 49 Fotos  
Paperback | Fadenheftung  
12,5 x 19,5 cm  
ISBN 978-3-86505-779-2  
€ 18,- [D] / € 18,50 [A]  
**2., korrigierte Auflage**

In schnellen Schritten verwandelt Donald Trump und seine Gang die USA in einen autoritären Staat und versucht, den Rest der Welt der MAGA-Doktrin zu unterwerfen. Wie konnte das passieren? Warum wollen über 77 Millionen Amerikaner\*innen Trump als Anführer haben? Und was kommt da auf uns zu?

Georg Seeßlen analysiert Programmatik, Strategien und Pläne, Symbolik, Sprache und Inszenierungen der amerikanischen und der globalen Rechten – inklusive der abenteuerlichen Weltherrschaftsfantasien von Trump & Musk. Er untersucht auch die Herkunft, Ausprägung, Propaganda und Ziele der Rechtspopulisten und Rechtsextremen in Europa und Südamerika. Und er entwickelt daraus die These: Die neuen Volkstribune *sind* eine Botschaft, sie *haben* eine Botschaft, und sie sind *Überbringer* einer Botschaft. Eine Botschaft ist etwas anderes als eine Aussage, ein Programm oder auch eine Ideologie. In dem Begriff schwingen politische, mythische, kriegerische und gar religiöse Elemente mit. In seinem Essay unternimmt Seeßlen den Versuch, die Botschaft der neuen anti-demokratischen Rechten und ihrer Anführerinnen und Anführer zu entschlüsseln. Wo kommt sie her? Was spricht sie an? Was bedeutet und bewirkt sie? Und warum ist sie so erfolgreich?



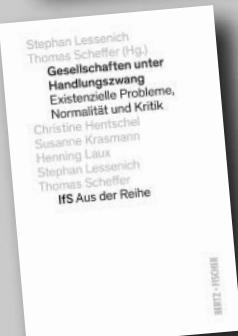
Mirko Broll / Eva Fleischmann (Hg.)  
**Handeln in einer schlechten Welt**

Zur Kritik im Handgemenge

IfS Aus der Reihe 3

248 S. | Pp. | Fh. | 11 x 17 cm | € 18,- [D] / € 18,50 [A]

Indem dieses Buch einige außerakademische Orte gesellschaftskritischer Praxis besucht, stellt es sich der Frage, wo und wie sich Theorie und Praxis wechselseitig stärken können. Für kritische Gesellschaftstheorie im Handgemenge bedeutet das, beweglich zu bleiben und sich von der Praxis der Kritik inspirieren und irritieren zu lassen. Im Wissen darum, dass letztlich beide das Gleiche wollen: dass es anders wird.



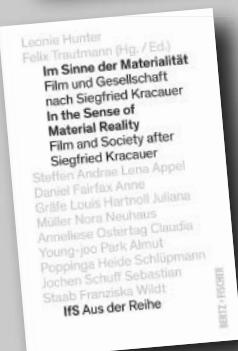
Stephan Lessenich / Thomas Scheffer (Hg.)  
**Gesellschaften unter Handlungszwang**

Existenzielle Probleme, Normalität und Kritik

IfS Aus der Reihe 2

128 S. | Pp. | Fh. | 11 x 17 cm | € 15,- [D] / € 15,40 [A]

Klimawandel, Armutsmigration, Krieg: Wir stehen vor einer ganzen Reihe existenzieller Probleme, die spätmoderne Gesellschaften ebenso herausfordern wie deren Gesellschaftswissenschaften – und beide allem Anschein nach überfordern. Der Band fragt danach, wie der Problemschwere überhaupt Rechnung zu tragen wäre und was die Realisierung der großen Fragen unserer Zeit (bisher) verhindert.



Leonie Hunter / Felix Trautmann (Hg.)

**Im Sinne der Materialität**

Film und Gesellschaft nach Siegfried Kracauer

Deutsch und Englisch | IfS Aus der Reihe 1

288 S. | Pb. | Fh. | 11 x 17 cm | € 20,- [D] / € 20,60 [A]

Heute »mit Kracauer« ins Kino zu gehen, bedeutet, die ästhetische Erfahrung des Films nicht nur als massenkulturelle Zerstreuung, sondern auch als Hervorbringung eines kritischen Sinns zu begreifen: eines Sinns für die materielle Wirklichkeit und die in ihr schlummernden Befreiungspotenziale. Die Beiträge des Bandes knüpfen in diesem Sinne an Kracauers film- und gesellschaftskritisches Denken an.



Sabine Flick / Hans Goerdten / Julia König /  
Miriam Pietras / Stella Schäfer (Hg.)

## **Sexualität in Gesellschaft**

Kontinuitäten und Brüche kritischer Sexualforschung

IfS Aus der Reihe 6

ca. 208 S. | Pp. | Fh. | 11 x 17 cm | € 18,- [D] / € 18,50 [A]

Nach wie vor erweist sich Sexuelles als Stein des Anstoßes, an dem sich Auseinandersetzungen um das gute und ›richtige‹ Leben entzünden. Welches Verhältnis lässt sich zwischen ›dem Sexuellen‹ und ›der Gesellschaft‹ beobachten? Welche Konstellationen lassen sich anhand unterschiedlicher Sujets des Sexuellen bestimmen?



Christina Engelmann, Lena Reichardt, Bea S. Ricke,  
Sarah Speck, Stephan Voswinkel (Hg.)

## **Im Schatten der Tradition**

Eine Geschichte des IfS aus feministischer Perspektive

IfS Aus der Reihe 5

256 S. | Pp. | Fh. | 11 x 17 cm | € 18,- [D] / € 18,50 [A]

Der Band wirft einen feministischen Blick auf die 100-jährige Geschichte des Frankfurter Instituts für Sozialforschung (IfS) und beleuchtet die ambivalenten Ein- und Ausschlüsse von Frauen sowie Modi der Arbeitsteilung und damit einhergehende (Un-)Sichtbarkeiten in der Wissenschaft im Allgemeinen und am Institut im Besonderen.



Annette Hilscher / Minna Ruokonen-Engler (Hg.)

## **Feldverhältnisse**

Irritation und Erkenntnis im Forschungsprozess

IfS Aus der Reihe 4

224 S. | Pb. | Fh. | 11 x 17 cm | € 18,- [D] / € 18,50 [A]

Die qualitativ-interpretative Forschungspraxis wird von Irritationen, Staunen und ›Stolpern‹ begleitet. Welche Perspektiven eröffnen sich, wenn wir unseren Blick genau auf die Momente des Infragestellens richten? Inwiefern werden die akademische Wissensproduktion und ihre Methoden durch die Menschen, denen wir im Feld begegnen, und ihr Feldwissen herausgefordert?

**BERTZ + FISCHER**



Fabian Georgi  
**Grenzen und  
Bewegungsfreiheit**  
Eine kritische  
Einführung  
320 Seiten | 36 Abb.  
Paperback | Fadenheftung  
12,5 x 19,5 cm  
ISBN 978-3-86505-780-8  
€ 19,- [D] [D] / € 19,60 [A]

Seit rund vier Jahrzehnten schottet sich Europa gegenüber Flucht und Migration ab. Getrieben vom Aufschwung rechtsautoritärer Kräfte, unterstützen auch Parteien der »Mitte« eine Migrationspolitik weit jenseits grund- und menschenrechtlicher Standards.

Zugleich sind nach wie vor viele Menschen schockiert über die jährlich Tausenden Toten an den europäischen Grenzen und zornig angesichts der moralischen Kälte, mit der Deutschland und die EU ihre Migrationskontrollen an Diktaturen und Milizen delegieren. Und immer noch wissen und kritisieren viele im Globalen Norden, dass an den hochgerüsteten Grenzen ihre eigene, privilegierte Lebensweise gegen jene verteidigt wird, die in der Geburtsort-Lotterie weniger Glück hatten als sie selbst.

Fabian Georgi diskutiert vor diesem ambivalenten Hintergrund die Idee »globaler Bewegungsfreiheit« als emanzipatorisches Projekt und als Kernbestandteil sozial-ökologischer Transformation. Ausgehend von der Rolle von Grenzen im Kapitalismus und einer materialistischen Ethik der Migration setzt er sich mit Problemen und Herausforderungen der konkreten Utopie offener Grenzen auseinander: Was sind die Bedingungen und Konsequenzen einer Politik der Bewegungsfreiheit? Was wären Ansatzpunkte für praktisches Handeln?